

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit - öffentlich -

Datum: 29.01.2020  
Ort: Raum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz  
Zeit: 16:35 Uhr - 17:47 Uhr  
Vorsitz: Herr Bürgermeister Miko Runkel

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte  
Ist: 12 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Renzo Di Leo CDU-Ratsfraktion dienstlich  
Herr Karl Martin Kohlmann Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

#### **Unentschuldigt**

Herr Wolfgang Günther sachkundiger Einwohner

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Sven Bader AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz  
Herr Klaus Bartl Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/  
Die PARTEI  
Herr Dr. Dieter Füsslein FDP-Fraktion  
Herr Alexander Gerwitz sachkundiger Einwohner  
Herr Kai Hähner CDU-Ratsfraktion  
Herr Robert Kempe sachkundiger Einwohner  
Herr Falk Müller AfD-Stadtratsfraktion  
Frau Sophie Pojar sachkundige Einwohnerin  
Herr Jürgen Renz SPD-Fraktion  
Herr Toni Rotter Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/  
Die Grünen  
Herr Thomas Scherzberg Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/  
Die PARTEI  
Herr Michael Specht CDU-Ratsfraktion  
Herr Thomas Trost sachkundiger Einwohner  
Frau Manuela Tschök-Engelhardt Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/  
Die Grünen  
Herr Jörg Vieweg SPD-Fraktion

#### **stellvertretendes Ausschussmitglied**

Herr Robert Andres Ratsfraktion PRO CHEMNITZ für Herrn Kohlmann

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Dr. Anja Dube	Leiterin Tierpark Chemnitz
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Carina Kühnel	Abteilungsleiterin Amt 36.1
Frau Uta Richter	Referentin D3
Herr Dr. Thomas Scharbrodt	Amtsleiter Amt 36

**Gast**

Herr Knoppe	Petent
-------------	--------

**Schritfführerin**

Frau Katrin Neumann

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Runkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit - öffentlich - vom 04.12.2019
- 

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner des Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit gemäß § 19 SächsGemO
- 

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Runkel** nimmt die Verpflichtung der anwesenden sachkundigen Einwohner nach §19 SächsGemO vor.

- 5 Petitionsvorlage an den Stadtrat
- 

Klimanotstand für Chemnitz	
Vorlage: P-003/2019	Einreicher: Franz Knoppe (Klimanotstandsgruppe Chemnitz) und 4543 Unterzeichner

---

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI in einer aktualisierten Fassung vor.

**Herr Bürgermeister Runkel** fragt **Herrn Knoppe**, ob er von seinem Rederecht Gebrauch machen möchte.

**Herr Knoppe** weist insbesondere auf die Baumsituation hin, dass auf Grund des Klimawandels und des sinkenden Grundwasserspiegels sowie vermehrter Brände im Erzgebirge, immer mehr Bäume verloren gehen. Nicht nur Chemnitz, sondern die ganze Welt müsse einen Teil dazu beitragen, das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung zu begrenzen. Es gehe darum, die Klima – und Folgekosten zu berechnen, insbesondere was den CO<sub>2</sub> –Ausstoß betreffe. Die Europäische Union hat beschlossen bis 2050 klimaneutral zu sein, somit ist es wichtig, dass man sich daran beteilige.

Als Kommune solle man eine Bürgerbeteiligung in Betracht ziehen. Er sagt, man möchte mit der Petition eine öffentliche Diskussion erreichen.

**Herr Stadtrat Scherzberg** bittet darum, Stellung zum Änderungsantrag zu nehmen.

**Herr Bürgermeister Runkel** möchte erst zur Petition selbst diskutieren.

**Herr Andres** fragt, welche Maßnahmen denn Chemnitz ganz konkret treffen solle.

**Herr Knoppe** antwortet, dass jede städtische Entscheidung auf Klimafolgen untersucht werde. Das wesentliche Element sei demnach der Prüfauftrag.

**Herr Bürgermeister Runkel** sagt, die Verwaltung habe eine kritische Stellungnahme zur Petition abgegeben.

**Frau Kühnel** bezieht sich auf die Stellungnahme. Der Stadtrat hat sich bereits 2008 dafür eingesetzt, dass die Verwaltung ein integriertes Klimaschutzprogramm erarbeitet und umsetzt. Somit gibt es mittlerweile im Zuge des Klimaschutzprogramms, das dritte fortgeschriebene energiepolitische Arbeitsprogramm. Konkrete CO<sub>2</sub> – Ausstoß mindernde Maßnahmen wurden seit 2015/2016 mit dem Wärmeversorgungskonzept auf den Weg gebracht. Sie sagt, zurzeit finde die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes statt. Die Technische Universität Chemnitz erarbeite derzeit eine Studie „Wie kann ich erneuerbare Energien nutzen“ in Form von Projekten. Sie sagt, zur Anpassung an den Klimawandel, brauche es konkrete Maßnahmen. Jährlich erscheint ein Klimaschutzbericht.

**Herr Bürgermeister Runkel** fügt an, dass die Stadt Chemnitz im November 2019, als eine der wenigen deutschen Kommunen, den European Energy Award, erhielt.

**Herr Stadtrat Bartl** sagt, dass die Petition nicht ignoriere was die Stadt Chemnitz bisher getan und erreicht habe. Er sagt, dass das Thema Klimawandel eine große Rolle für die Chemnitzer Bürger spiele.

**Frau Kühnel** erwidert, man befinde sich seit längerem in einem kontinuierlichen Prozess.

**Herr Bürgermeister Runkel** sagt, mit dieser Formulierung werde impliziert, dass die Stadt Chemnitz Defizite aufzeige.

**Herr Stadtrat Vieweg** sagt, dass es wohlweislich ein sehr gutes Klimaschutzprogramm gäbe, insbesondere bezüglich regenerativer Energien. Aber beispielsweise in den Bereichen Verkehr und kommunaler Hochbau müsse mehr getan werden. Er sagt, insofern sei dies eine politische Petition, welche die Stadt Chemnitz auffordere noch mehr zu tun und dabei die Bevölkerung aufmerksam zu machen.

Er fragt, ob es schaden würde, wenn politisch noch mehr getan werde.

**Herr Bürgermeister Runkel** antwortet, dass man nicht nur mit Presseanfragen reagiere, sondern mehr unternehme als manch andere Kommunen.

**Frau Kühnel** meint, es sei eine Interpretationsfrage. Da der Klimanotstand keine Rechtsfolgen hat, könne man keinen unmittelbaren Schaden anrichten. Der Begriff polarisiert, am Ende ist es eine politische Entscheidung.

**Herr Stadtrat Bader** sagt, die Ausführungen seien schlüssig. Allerdings könne man immer alles mehr und besser machen, aber anerkennend des Erreichten, dürfe dies nicht in den Hintergrund rücken.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein** führt aus, Notstand bedeute demokratische Gesetze auf Zeit auszusetzen. Dem werde die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Er sagt, es wurde im Vorfeld dazu mit **Herrn Knoppe** über Alternativen diskutiert. Auf Grund der drastischen Klimaveränderungen entstehe ein gewisser Zeitdruck für Veränderungen.

Das Klima müsse ganzheitlich behandelt werden, somit komme man schnell zu dem bereits vor 300 Jahren geprägten Begriff der Nachhaltigkeit, welcher im Sinne von Ökonomie, Ökologie und Ethik eine verbindende Idee mit positiven Visionen sei. Er sagt, man brauche Verbindendes und nicht Spaltendes, denn Notstand sei eine Überbetonung einer guten Sache.

**Herr Stadtrat Rotter** sagt, dass der Begriff Klimanotstand auf Grund der weltweiten Bewegung zu einer Marke geworden sei. Die Stellungnahme der Verwaltung sei eine schlechte Reaktion auf die Petition. Er sagt, dass die Vorlagen transparenter sein sollten. In anderen Städten gäbe es auf Grund solcher Petitionen, angepasste und transparente Klimaprogramme. Er merkt an, dass auf einige Punkte gar nicht eingegangen werde. Er plädiere dafür, dass die Ur-Petition angenommen werde.

**Herr Bürgermeister Runkel** legt dar, dass im Umweltausschuss des Deutschen Städtetages das Thema Klimanotstand als ausgesprochen schwierig und populistisch betrachtet werde.

Alle Vorlagen in diesem Bereich werden öffentlich gemacht und kommuniziert und es erfolgt eine entsprechende Bürgerbeteiligung.

**Frau Kühnel** sagt, bei städtischen Bauvorhaben gäbe es Beschlüsse zu regenerativen Energien und Umweltprüfungen seien öffentlich. Sie sagt, bei Bauleitplänen gäbe es entsprechend einen Umweltbericht. Sie fügt an, es könne noch qualifizierter gestaltet werden, aber dies sei kein Grund zum Ausrufen eines Notstandes. Die Stadt wende Leitlinien zur umweltgerechten Beschaffung an, könne aber teilweise nicht gerecht nachvollziehen, wie der einzelne Zulieferer verfare und muss darauf achten, dass es noch realisierbar sei.

**Herr Stadtrat Hähner** sagt, die CDU-Ratsfraktion werde der Petition nicht abhelfen. Die globale Begrifflichkeit des Notstandes führe zu einer Spaltung der Gesellschaft, nicht jedoch zu den eigentlich notwendigen Maßnahmen, welche zur Veränderung des Klimaschutzes führen. Er schließe sich im Wesentlichen den Ausführungen der Stadtverwaltung an, insbesondere den Zielvorgaben.

**Herr Stadtrat Renz** fügt hinzu, der Begriff könne nicht ausschlaggebend sein, für mehr oder weniger Klimaschutz in Chemnitz. Wichtig sei, dass mehr gemacht werde und es gehe darum als Stadtrat die Stadtverwaltung zu unterstützen. Die Dringlichkeit des Themas ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Er fragt, ob die anderen Fraktionen den Klimaschutz tatkräftig unterstützen wollen.

**Herr Stadtrat Bartl** meint, bei dem Ganzen gehe es im Sinne, um keinen staatsrechtlichen Notstand sondern um die Symbolik. Es gehe den Petenten darum, Diskussionen in der Öffentlichkeit in einer herausgehobenen Dimension zu entfachen, welche weiteren, kurzfristigen Maßnahmen zum Klimaschutz aufgegriffen werden sollten, unabhängig davon, was die Stadt Chemnitz bereits unternommen hat.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein** sagt, im Ausschuss solle man besser über konkrete Themen beraten und gezielte Maßnahmen ergreifen, anstatt einen Notstand auszurufen. Er sagt, man solle sich praktischen Fragen zuwenden, z.B. wie die Feuerwehr beim Bewässern der Bäume helfen könne und woher überhaupt das Wasser zum Gießen genommen werden soll.

**Herr Bürgermeister Runkel** erklärt, im letzten Jahr sei der Feuerwehr ein erheblicher Schaden entstanden, weil durch das Gießen der Bäume einige Pumpen kaputt gingen. Der Grund dafür war, dass diese nicht für das permanente Ein- und Ausschalten geeignet sind.

**Herr Stadtrat Rotter** plädiert dafür die Petition als Startschuss zu nehmen, um detaillierte Maßnahmen einzuleiten. Der Klimaschutzbericht solle einfacher und durchsichtiger gestaltet werden.

**Herr Stadtrat Andres** merkt an, dass alle Umwelt- und Klimaschutz interessiere, aber die Stadt Chemnitz die Begrifflichkeit von Klimanotstand nicht verwende.

**Herr Stadtrat Bader** fügt an, es gehe nicht allein um den Begriff. Es gehe darum, dass die Stadtverwaltung bereits vor längerer Zeit beschlossen hat, Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und diese auch durchführte. Er sagt, dass dies die angesprochene Preisverleihung bestätige.

**Herr Stadtrat Specht** sagt, mit dem Begriff Notstand könne man eine Debatte los-treten. Man solle aber beachten, dass es wichtig sei vernünftig zu agieren. Er sagt, man könne sich weiterhin für den Klimaschutz aussprechen und konkrete Maßnahmen treffen, ohne dabei der Petition zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Vieweg** fragt, nach einer Diskussion im AGENDA-Beirat, ob die Stadtverwaltung mit Beschlüssen wirklich die Bevölkerung erreiche. Er sagt, die Nachhaltigkeit habe sich weiterentwickelt und sei allgegenwärtig. Er merkt an, dass im Stadtrat darüber nachgedacht werden sollte, wie mit den Petitionen und Eingaben umgegangen werde.

**Herr Stadtrat Scherzberg** sagt, verschiedenen Diskussion zeigen, dass es momentan keine politische Mehrheit für die Petition gäbe. Mit dem Änderungsantrag wolle man versuchen mit konkreten Maßnahmen ein Konsensangebot an den Stadtrat für den Klimaschutz zu unterbreiten. Er bittet darum, diesen bis zur nächsten Stadtratssitzung am 5. Februar 2020, im Sinne der Stadt und des Klimaschutzes, zu überdenken und zuzustimmen.

**Herr Gerwitz** sagt, ihm fehle im demokratischen Prozess der Diskussion die Initiative derjenigen die kritisieren, einen Gegenvorschlag zu machen.

Er vermisse die Konstruktivität sowie argumentierende und agierende Gegenvorschläge, wie man trotzdem die Ideen der Petition umsetzen könne.

**Frau Kühnel** merkt an, die Verwaltung sei dabei das Klimaschutzprogramm fortzuschreiben.

Um die Stellungnahme der Verwaltung einzuordnen zu können, weist sie darauf hin, die Verwaltung habe keine Möglichkeit einen Kompromissvorschlag zur Petition entgegenzubringen.

**Herr Stadtrat Bader** fügt an, dass die Stadträte nicht dazu da seien, Gegenvorschläge zu bringen, sondern lediglich mit Änderungsanträgen zu agieren.

**Herr Stadtrat Bartl** betont, es gehe darum auf den so genannten Klimanotstand aufmerksam zu machen und diesem in Chemnitz exemplarisch vorbildlich zu begegnen.

**Herr Stadtrat Rotter** bittet um eine Änderung der Geschäftsordnung. Er meint, man müsse erst über die Petition abstimmen.

**Herr Bürgermeister Runkel** antwortet, dass dies nur bei mehreren Änderungsanträgen so wäre. In diesem Fall liegt nur ein Änderungsantrag vor, welche die Petition ersetzen würde.

#### Abstimmung Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
(2 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 4 Enthaltungen)

#### Abstimmungsergebnis Petitionsvorlage

**Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt**  
(6 Ja-Stimmen; 6 Nein-Stimmen; 0 Enthaltungen)

---

## 6 Verschiedenes

---

### 6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es liegen keine mündlichen Informationen der Verwaltung vor.

---

### 6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

**Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt** fragt, nach dem Stand zur Stellenausschreibung Klimaschutzmanager.

**Frau Kühnel** antwortet, die Stellenausschreibung liege vor, sei aber mit dem aktuellen Stand des energiepolitischen Arbeitsprogrammes nicht förderfähig. Das dazugehörige notwendige Klimaschutzprogramm werde momentan aktualisiert.

**Herr Stadtrat Rotter** fragt, ob die Mitglieder des Ausschusses die Bewertungsmatrix für den angesprochenen European Energy Award bei der nächsten Vorstellung, zur Auswertung bekommen können.

- 7 -

**Herr Bürgermeister Runkel** antwortet, dass es die Bewertungsmatrix so nicht gäbe, man müsse sich mit dem Prozess auseinandersetzen.

**Frau Kühnel** antwortet, die Bewertungsmatrix habe der European Energy Award - Bewerter, diesen müsse man zunächst einladen. Sie sagt, es sei nicht gewollt, dass die fortschreitenden Bewertungskriterien, im Falle einer Kontrolle, im Vorfeld bekannt sind. Zudem gäbe es unterschiedliche Abfragen für die Zuarbeit und einen Kriterienkatalog. Sie werde anfragen, ob dieser zusammengefasst zur Verfügung gestellt werden könne.

**Herr Bürgermeister Runkel** schlägt vor, im nächsten Ausschuss das Thema European Energy Award aufzunehmen und die Entwicklung und den Prozess vorzustellen. Er sagt es sei gut für den Vergleich zu anderen Städten, um zu verstehen, was hinter der Auszeichnung stehe.

**Herr Stadtrat Scherzberg** merkt an, es wäre schön, wenn dann der entsprechende Berater anwesend sei.

7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Sicherheit - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung werden Herr Stadtrat Bader und Herr Stadtrat Vieweg bestimmt.

17.02.2020 *Miko Runkel*  
Datum Miko Runkel  
Vorsitzender  
des Ausschusses

02.03.2020 *Bader*  
Datum Sven Bader  
Mitglied  
des Ausschusses

02.03.2020 *Jörg Vieweg*  
Datum Jörg Vieweg  
Mitglied  
des Ausschusses

13.02.2020 *Neumann K.*  
Datum Frau Neumann  
Schriftführerin